Die CDU-Ratsfraktion stellt in der Sitzung der Stadtvertretung am 27.04.2009 folgenden Antrag zur Abstimmung:

- (1) Die Stadt übernimmt die Trägerschaft für das Gymnasium mit Wirkung ab 01.08.2009.
- (2) Die Stadt übernimmt im Wege des Betriebsübergangs nur eine Schulsekretärin sowie den Sportplatzwart. Bis zur Übernahme des Betriebs durch STRABIL wird der Kreis die Reinigungs- und Hausmeistertätigkeiten mit dem vorhandenen Personal gegen Kostenerstattung durch die Stadt fortsetzen.
- (3) Das Schulgrundstück verbleibt im Eigentum des Kreises. Der Kreis bestellt unentgeltlich ein Erbbaurecht zu Gunsten der Stadt. Der Kreis erklärt schon jetzt seine Zustimmung als Eigentümer zu allen künftig vom Schulträger für erforderlich gehaltenen schulischen Um-, An- oder Erweiterungsbauten.
- (4) Das zum Gymnasium gehörende bewegliche Inventar und alle Sachmittel soweit im Eigentum des Kreises stehend gehen unentgeltlich in das Eigentum der Stadt über.
- (5) Der Kreis zahlt als Zuschuss zu den Investitionskosten für den Neubau sowie die Sanierung der Lauenburgischen Gelehrtenschule ab 01.08.2010 für 20 Jahre jährlich 1 Million €.
- (6) Die nach dem ÖPP-Projektvertrag geschuldete Sonderzahlung in Höhe von 7.500.000 € erfolgt unmittelbar an den Vertragspartner des Projektvertrages.
- (7) Die aus dem Konjunkturpaket II sowie die aus dem Schulbauregelprogramm zusätzlich bereitgestellten Mittel werden nach Schülerzahlen aufgeteilt. Die anteilig auf die Gelehrtenschule entfallenden Mittel hat der Kreistag für andere Schulen in seiner Trägerschaft vorgesehen. Ersatzweise erhält die Stadt Ratzeburg den identischen Betrag zweckgebunden für die Mensa, die Sanierung der Sportanlagen o.ä. Maßnahmen an der Gelehrtenschule.
- (8) Transaktions- und Verfahrensaufwendungen im Zusammenhang mit der Übertragung der Trägerschaft übernimmt der Kreis.
- (9) Die Stadt tritt in alle Dauerschuldverhältnisse, deren Vertragspartner der Kreis als Schulträger des Gymnasiums ist, zum 01.08.2009 ein. Dies gilt insbesondere für den ÖPP-Vertrag mit Hersteller und Betreiber der Schule.

Begründung: Aufgrund der in den vergangenen zwei Wochen geführten Verhandlungen der CDU-Ratsfraktion sind die vorgenannten Eckpunkte konsensfähig mit den Fraktionen des Kreistages. Ein Übernahmevertrag soll jetzt durch den Kreis und die Stadt auf der konkreten Grundlage dieses Antrages erarbeitet werden.

Stefan Koch Fraktionsvorsitzender der CDU